

Günter Jacob (1906-1993):

Kirchenverständnis, Zeitdiagnose und kirchliches Handeln¹

Der brandenburgische Theologe Günter Jacob übte von 1946 bis 1972 das Amt des General-superintendenten in der Niederlausitz aus. In hohem Maße verband er sein pastorales und kirchenleitendes Wirken mit systematisch-theologischen Reflexionen und Deutungen der Zeit, wobei seine theologischen Überlegungen und seine Zeitdiagnose eine hohe Konstanz aufwiesen. Ausgangspunkt seiner Überlegungen waren die Situation und die Möglichkeiten kirchlichen Handelns und Wirkens in einer als kirchenfern und -feindlich begriffenen Welt. Unter den politischen Bedingungen der SBZ/DDR und einem gravierenden gesellschaftlichen Veränderungsprozess ist im Handeln Jacobs dennoch ein Wandel zu konstatieren. Dieser soll im Folgenden knapp skizziert werden.

I. Günter Jacob: Biographische Notizen

Jacob wuchs in Forst/Niederlausitz auf. 1924 begann er ein Studium der Theologie. Einen prägenden Einfluss erfuhr er durch seinen akademischen Lehrer Rudolf Bultmann; der von ihm (und Karl Barth) maßgeblich repräsentierten Dialektischen Theologie fühlte sich Jacob zeitlebens in kritischer Aneignung verbunden.² Im August 1932 trat er seine erste Pfarrstelle in Nossdorf/Forst an. In den Auseinandersetzungen des Kirchenkampfes stellte er sich von Beginn an auf die Seite der innerkirchlichen Opposition gegen die deutsch-christliche Kirchenpolitik und Theologie. Bis zu seiner Einberufung im November 1939 unterstellte(n) er (und seine Gemeinde) sich dem auf der 2. Reichsbekenntnissynode in Berlin-Dahlem proklamierten „Notrecht“ und damit dem Reichsbruderrat. Jacob war der maßgebliche Organisator der Bekennenden Kirche in seinem Kirchenkreis, landeskirchlich engagierte er sich im bran-

1 Vortrag, gehalten auf dem zweiten Frankfurter Workshop *Kirchen und Christentum im Kalten Krieg*, 3./4. Mai 2012. Der Beitrag entstand im Rahmen des gleichnamigen DFG-Forschungsprojektes, das beim Fachbereich Evangelische Theologie der Universität des Saarlandes angesiedelt ist und von Prof. Dr. Michael Hüttenhoff geleitet wird. Vgl. ders.: Günter Jacob. Kirchliche Praxis in zwei Weltanschauungsdiktaturen, in: Lucia Scherzberg (Hg.): „Doppelte Vergangenheitsbewältigung“ und die Singularität des Holocaust, 2012 i.E. – Der Anmerkungsapparat konzentriert sich aus Platzgründen auf die nötigsten Angaben.

2 Vgl. Hans-Otto Furian: Kirche, Welt und Gesellschaft im theologischen Denken Günter Jacobs in den dreißiger Jahren, in: *Zeichen der Zeit* (1981), 61-64.

denburgischen Bruderrat.³ Überregionale Bedeutung erlangte er bei der Gründung des Pfarrernotbundes am 11. September 1933, dessen Verpflichtungserklärung Jacob entwarf.⁴

I.1 Politische Religion

Zentrale Bedeutung in der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und NS-Staat erlangte für Jacob der Begriff der „politischen Religion“. Analytisch griff er dabei die in bekenntnisorientierten Kreisen verbreitete Unterscheidung zwischen einem „politischen Nationalsozialismus“ (d.h. als rein politisch-staatliche Ordnungsmacht) und einem „weltanschaulichen Nationalsozialismus“ auf. 1935 konstatierte er, dass der Nationalsozialismus den Übergang zur „politischen Religion“ vollzogen habe. Damit stand der NS-Staat im prinzipiellen Gegensatz zur christlichen Kirche: Unter „der Maske der politischen Religion“ sei, so Jacob, „der Versucher auf dem Plan“.⁵ Im Dezember 1936 hielt Jacob vor der altpreußischen Bekenntnissynode den Vortrag *Kirche oder Sekte?*. Den NS-Staat charakterisierte er als Träger einer „politischen Religion“ und weltanschaulich/religiös gebundenen „Kirchenstaat“. Hinter den einzelnen staatlichen Maßnahmen gegen den christlichen Glauben stehe eine „antichristliche Entscheidung“.⁶

I.2 Das „Ende der konstantinischen Epoche“

Ebenso große Bedeutung erlangte seine bereits in den 1930er Jahren entwickelte Zeitdiagnose, die Jacob 1944 in der geschichtstheologischen Formel „Ende der konstantinischen Epoche“ prägnant bündelte.⁷ Die konstantinische Epoche charakterisierte er als eine Zeit des Abfalls, deren Merkmale „der Pakt mit den Mächten der Erde, die Kopulation mit den Mächten

3 Vgl. Rainer Götz/Bernd Albani: Keimzelle der Bekennenden Kirche. Der Kirchenkreis Forst, in: Erich Schuppan (Hg.): Wider jede Verfälschung des Evangeliums. Gemeinden in Berlin-Brandenburg 1933 bis 1945. Zur Geschichte des Kirchenkampfes, Berlin 1998, 267-301.

4 Vgl. Karl Kupisch: Zur Genesis des Pfarrernotbundes, in: Theologische Literaturzeitung 91 (1966), 721-730; Eugen Günter Weschke: Tagebuchnotizen des Lausitzer Landpfarrers Eugen Otto Weschke. Der Weg zur Gründung des Pfarrernotbundes, in: JBBK 66 (2007), 157-187, insb. Eintragung vom 13.9.1933, 181.

5 Jacob: Glaube und Fanatismus, in: Die Versuchung der Kirche. Theologische Vorträge der Jahre 1934-1944, Göttingen 1946, 22-35, hier 31. Vgl. ders.: Christliche Verkündigung und politische Existenz (1934), in: ebenda, 7-21; ders.: Kreuz und Reich, in: Theologische Rundschau 7 (1935), 319-348. Vgl. Christian Neddens: Politische Religion. Zur Herkunft eines Interpretationsmodells totalitärer Ideologien, in: ZThK 3 (2012), i.E.

6 Jacob: Kirche oder Sekte, in: ders., Versuchung, 36-49, hier 39.

7 Jacob: Die Zukunft der Kirche, in: ders., Versuchung, 120-136. Vgl. Michael Hüttenhoff: „Das konstantinische Zeitalter“. Über die Karriere und Funktion einer historisch-theologischen Formel, in: Klaus Martin Girardet (Hg.): Kaiser Konstantin der Große. Historische Leistung und Rezeption in Europa, Bonn 2007, 177-192, hier 184-188.

der Welt, das Koalitionssystem eines Bindestrich-Christentums in jeder Form“ gewesen sei. Einerseits übte er Kritik an der Kirche, die durch die Abhängigkeit von den „Mächten der Welt“ in „babylonische Gefangenschaft“ geraten sei und als degenerierte Volkskirche sich allein der „Pflege des Firnischristentums“ widme. Das Christentum habe zu „der Zertrümmerung und Verwerfung aller Humanität und aller caritas unter der Herrschaft von Terror und Tyrannei“ geschwiegen, weil es sich unfähig zeig(t)e, die „Dämonen der Zeit heute bei Namen zu nennen und den Kyrios Christus auf dem Schlachtfeld der Welt und auf den Stätten des Grauens (...) zu bezeugen.“ Andererseits aber beschrieb er die sich daraus ergebenden Möglichkeiten einer christlichen Kirche unter den Bedingungen eines Staates, der Christentum und Kirche grundsätzlich feindlich gegenüber stehe. Der Zusammenbruch des konstantinischen Christentums sei ein Gericht Gottes, aber auch der Aufruf zu Umkehr und Nachfolge.

II. Generalsuperintendent im „Land der Stimmen“ (1946-1955)

In der SBZ/DDR waren die kirchlichen Handlungsmöglichkeiten in starkem Maße von den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt. Da der SED-Staat „alle ökonomischen, finanziellen, politischen, rechtlichen und kulturellen Ressourcen in seiner Hand hielt“, sprach Detlef Pollack diesbezüglich gar von einer „oben gewährte[n] Gnade“.⁸ Zwar verlief die Religions- und Kirchenpolitik der DDR-Staats- und Parteiführung mitnichten statisch, dennoch evozierten die staatliche Bevormundung und Bedrängung der Kirchen eine scharfe Kritik Jacobs.⁹ Unter äußerst schwierigen Bedingungen hatte dieser im Januar 1946 das Amt des Generalsuperintendenten der Neumark und der Niederlausitz angetreten. Im Mai 1947 beschrieb er Ostdeutschland als „eine Zone des Schweigens, ein Land der Stimmen, eine Welt im Schatten unheimlicher Keller“. Die Pfarrer müssten dort ihren Dienst „in der wachsenden Vereinsamung und abseits und jenseits der Weltöffentlichkeit“ tun.¹⁰

8 Detlef Pollack: Kirchliche Eigenständigkeit in Staat und Gesellschaft in der DDR, in: Claudia Lepp/Kurt Nowak (Hg.): Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945-1989/1990), Göttingen 2001, 178-205, hier 191.

9 Goeckel fasst die Jahre 1945 bis 1958 unter die Gesamtüberschrift *Die sozialistische Umgestaltung und die deutsche Frage*, die er dreiteilt: Der *antifaschistisch-demokratischen Umwälzung* (1945-1949) folgt eine Phase der *Stalinisierung* (1949-1953), der sich die *unvollständige Entstalinisierung* bei anhaltendem Konflikt zwischen Kirche und Staat (1953-1958) anschließt. Robert F. Goeckel: Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker, Leipzig 1995, 59-75. Ausgangspunkt aller Periodisierungsangebote ist die Orientierung an von außen gesetzten Wegmarken, konkret den „Entscheidungen“ der sowjetischen Besatzungsmacht bzw. den religionspolitischen Entscheidungen der SED. Vgl. Rudolf Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990), Leipzig 2005.

10 Jacob: Der Dienst des Pfarrers im Osten. Vortrag vor dem Bruderrat am 8.5.1947, ZA-EKNH, Best. 36, Nr. 5.

Methodisch orientierte sich Jacob, der von Amts wegen auch der berlin-brandenburgischen Kirchenleitung und der Provinzialsynode angehörte, an seinen Erfahrungen aus der NS-Zeit. In der Eröffnungspredigt zur Oktobersynode 1948 führte er aus:

„Der Geist des Totalitarismus hat diese Stunde des großen Gerichts überdauert. (...) Schon wieder be-
ruft Isebel sich auf die Götter. Schon wieder beschwört Isebel diese Träger und Symbole der politischen
Weltanschauung. Schon wieder macht Isebel den Versuch, den Kultus dieser Götter mit Gewalt durch-
zusetzen, d.h. die totale Herrschaft eines politischen Systems aufzurichten. Darum kann kein Raum
mehr sein für Elia und kein Raum mehr für eine Kirche, die mit ihrem Zeugnis diese Götter entthront
und die alles Volk von der Diktatur der Götter weg zur Anbetung des lebendigen Gottes ruft.“¹¹

Angesichts der Verschärfung der SED-Kirchenpolitik Anfang der 1950er Jahre sprach Jacob bereits im September 1950 von einem „zweiten Kirchenkampf“.¹² Oft in Verbindung mit konkreten Ereignissen wie z.B. den als unfrei erkannten Wahlen in der SBZ/DDR bzw. den staatlichen Bemühungen einer direkte Einflussnahme auf kirchliche Entscheidungen führte er diese Kritik auch in öffentlichen Vorträgen, wobei er die aktuellen Verhältnisse nicht zuletzt mit der NS-Zeit parallelisierte. Zum offenen Konflikt kam es, als Jacob sich staatlichen Maß-
nahmen offensiv widersetzte. Die Durchsetzung des Kirchentages der *Jungen Gemeinde* im Juni 1952 gegen ein staatliches Verbot fand auch überregionale Beachtung.¹³ In der ersten Hälfte der 1950er Jahre war Jacob ein profilierter Gegner des SED-Staates, der mehrfach kurz vor einer Verhaftung stand, wovon ihn wohl nur seine hervorgehobene Stellung bewahrte.¹⁴

III. Zeitdiagnose und Kirchenverständnis

Es wäre indes verkürzt, das Handeln Jacobs als politisch motiviert zu deuten. Sein zentrales Thema blieb die Frage, wie die Kirche in einer nichtchristlichen und kirchenfernen Gesell-

11 Büro der berlin-brandenburgischen Provinzialsynode (Hg.): Verhandlung über die 2. Berlin-Brandenburgische Provinzialsynode vom 4.-8.10.1948 im Evangelischen Johannesstift in Berlin-Spandau, Berlin 1950, 1-7, hier 3.

12 Jacob an M. Niemöller am 9.9.1950, ZA-EKNH, Best. 62, AZ-Nr. 0618. 1954 verwandte er den Begriff auch programmatisch. Vgl. Jacob: Das Licht scheint in der Finsternis. Zeugnisse aus dem zweiten Kirchenkampf, Stuttgart 1954. Zur Begriffsverwendung vgl. Ellen Ueberschär: Ein neuer „Kirchenkampf“. Kirchliche Deutungen im Vorfeld des 17. Juni, in: Greschat/Kaiser: Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953, Stuttgart 2003, 109-128.

13 Jacob: Bericht über den Kirchentag der Jungen Gemeinde in Lübbenau, in: KJB 79 (1952), 197-201, hier 201.

14 Diese Vorgänge können hier nicht ausgebreitet werden. Ab Ende 1949 war Jacob Gegenstand intensiver Beobachtungen durch das brandenburgische Innenministerium, später durch das MfS. Namentliche Erwähnung fand er im November 1950 bei einem Grundlagengesprächs über das staatliche Vorgehen gegen die Kirchen. Aktenvermerk über die Rücksprache mit dem Genossen Walter Ulbricht am 27.11.1950 betr. die Kirchenangelegenheiten im Lande. BLHA, Rep. 203, Nr. 145, Bl. 101-103, hier 102. Anfang 1951 legte das MfS eine personenbezogene Akte über Jacob an, die als Vorgang „Prälat“ geführt wurde. Der Operativ-Vorgang ist in sieben Bänden abgelegt und umfasst in etwa 1.800 Blatt. Er wurde Ende 1962 eingestellt. Beschluss vom 22.2.1951. BStU, Br. Cbs, AOP, 241/63, Bd. 1, Bl. 6-7.

schaft wirken könne.¹⁵ Den Bemühungen, die Kirche zu marginalisieren, aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und den Glauben zur Sache privater Innerlichkeit zu machen, setzte Jacob mit Bezugnahme auf Dietrich Bonhoeffer die „sichtbare Gemeinde“ entgegen.¹⁶ In diesem Verständnis widersprach er auch den Forderungen Karl Barths, dass die Kirche in Deutschland sich bei der Ausübung ihres Wächteramtes „eine lange Karenzzeit“ auferlegen müsse und dieses vorerst nur nach innen, aber nicht nach außen praktizieren dürfe: „Die Schuld unseres Schweigens in der Vergangenheit kann doch niemals Anlass für uns sein, durch ein weiteres Schweigen im Heute neue Schuld auf uns zu laden.“¹⁷ Vielmehr forderte er eine theologisch bestimmte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Die Kirche dürfe zu den gegen den Glauben gerichteten Maßnahmen, zu Verfolgung, Rechtlosigkeit und zur Entwürdigung des Menschen nicht schweigen.¹⁸ In einer nicht-öffentlichen Replik auf das wegweisende Darmstädter Reichsbruderratswort „zum politischen Weg unseres Volkes“ konkretisierte er diese Position. Dieses gehe darüber hinweg, dass der Marxismus der Kirche im Osten in der Gestalt der SED als einer „Kampftruppe eines militanten und dogmatischen Marxismus“ begegne. Die dort getroffene Feststellung, in der Vergangenheit hätten „wir“ übersehen, dass „der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen“, habe für die Kirche im Osten keine aktuelle Bedeutung.¹⁹

Damit aber machte er sich weder den plakativen politischen Antikommunismus zu eigen, der sich im Westen alsbald als (alte und) neue Leitideologie etablierte, noch die dortige, als restaurativ charakterisierte kirchliche Entwicklung. An seiner Analyse des Endes der konstantinischen Epoche hielt er fest, auch wenn im Westen scheinbar und vordergründig „das Zeitalter der Verfolgung sein Ende gefunden“ habe und „der Weg der Passion in der Gleichzeitigkeit mit Christus abgebrochen“ sei. Im Osten bestehe diese „Versuchung“ nicht:

15 Hüttenhoff weist darauf hin, dass man die Tätigkeit Jacobs keinesfalls auf die Auseinandersetzung mit dem komplexen Staats-Kirchenverhältnis reduzieren darf. Zu seiner Arbeit gehörten u.a. umfangreiche und „unspektakuläre“ Besuchsdienste, Visitationen, Konvente, Vorträge, Fortbildungen usw. Vgl. Jacob an den Ordnungsausschuss der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg am 22.1.1947. Hüttenhoff, Jacob [vgl. Fußnote 1].

16 Praktischer Ausdruck dieser Haltung war z.B. das bewusste Zugehen auf Arbeiterinnen und Arbeiter. Wohl wissend, dass er sich hier in einem sensiblen Bereich in Widerspruch zur SED setzte, wurde diese Arbeit von Jacob maßgeblich gefördert.

17 Jacob: Die Verkündigung der Kirche in der gegenwärtigen Not, in: Hefte der Besinnung 9 (1947), 17.

18 Jacob: Dienst [vgl. Fußnote 10].

19 Jacob: An den Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 11.9.1947. ZA-EKHN, Best. 36, Nr. 72. Vgl. Das Darmstädter Wort. Ein Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes. Abgedruckt in: KJB 1945-1948, 220-222.

„Wir sind schon ausgetrieben aus allen Vorfeldern, aus denen die Christenheit im Westen vielleicht erst noch ausgetrieben werden muß, wir sind schon an jenen letzten und äußersten Rand gedrängt, an dem sich nur die reine Umkehr oder der letzte Absturz ereignen können.“²⁰

IV. Gesamtdeutsches Engagement

Nach der doppelten Staatsgründung im Mai/Okttober 1949 war die EKD die bedeutendste Einrichtung, die sich als bewusst gesamtdeutsches Organ verstand und eine Brückenfunktion zwischen Ost und West für sich in Anspruch nahm. Aber auch hier führten die großen Debatten der 1950er Jahre zu heftigen Konflikten, die die EKD bis an den Rand der Spaltung führten: die Frage der Remilitarisierung, der Westbindung und der verschärften Blockbildung, in der zweiten Hälfte die Diskussion um den Militärseelsorgevertrag und die westdeutsche Atombewaffnung. Dabei gilt, dass sich die Gegensätze innerhalb der Kirche nicht in ein einfaches Ost-West-Schema pressen lassen, sondern theologisch und politisch vielfach verschlungen und quer verliefen. Als eigenständiger Denker lässt sich Jacob keinem „Lager“ eindeutig zuordnen, es bestanden aber erhebliche Schnittmengen und persönliche Bindungen zu dem bruderrätlichen Minderheitenflügel um Martin Niemöller. Differenzen in den frühen 1950er Jahren bestanden u.a. in der Beurteilung des Kommunismus.

Als Synodaler auf EKD-Ebene und Mitglied der *Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD*, aber auch als überzeugter Anhänger der gesamtdeutschen Kirchentagsbewegung war Jacob in die genannten Diskussionen unmittelbar involviert. Mit den ihm gegebenen Möglichkeiten setzte er sich aber für eine Wiedervereinigung ein, wobei er an deren Realisierbarkeit frühe Zweifel äußerte.²¹ Ein wichtiges Thema war ihm zudem der Gesamtkomplex Krieg und Frieden. Mit kulturpessimistischen Untertönen – ausweislich verschiedener Mitschriften sah Jacob den Ost-West-Konflikt als eine konkrete Bedrohung und hielt einen dritten/finalen Weltkrieg für realistisch und sogar wahrscheinlich –, wandte sich Jacob gegen die Remilitarisierung beider Teilstaaten, gegen den 1957 zwischen Bundeswehr und EKD unterzeichneten Militärseelsorgevertrag und vor allem gegen die drohende Atombewaffnung der Bundeswehr.

Jacob begründete diese Haltung aus seinem Verständnis von Kirche. Gleichwohl, darüber war er sich bewusst, spielte er der DDR-Regierungspolitik damit unweigerlich in die Hände. Zu-

20 Jacob: Dienst [vgl. Fußnote 10].

21 Bericht über ein Gespräch zweier Funktionäre des Friedensrates mit Jacob u.a. am 10.10.55. BLHA, Rep. 801, 20113, Bl. 4. Jacob, Vorschlag zum Thema Was kann die EKID heute zur Wiedervereinigung Deutschlands tun?. EZA, 2/1351. Vgl. Claudia Lepp, Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945-1969), Göttingen 2005, 219-240.

gleich erleichterte diese scheinbare „Übereinstimmung“ eine vorsichtige, vornehmlich pragmatisch und taktisch organisierte Annäherung. Hatte Jacob Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre noch alle Versuche der kirchlichen Einbindung in die „sozialistische Friedensarbeit“ kategorisch zurückgewiesen bzw. an nicht erfüllbare Bedingungen gekoppelt, waren nun Gespräche und gemeinsame Veranstaltungen möglich.²² Dieser Vorgang sollte sich mit dem schrittweisen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der DDR-Führung zur EKD 1957/1958 wiederholen: Zum Hauptziel der staatlichen Kirchenpolitik avancierte die organisatorische Herauslösung der „DDR-Kirchen“ aus der EKD, die 1969 schließlich im *Bund der Kirchen in der DDR* mündete. Mit anderer Motivation und Begründung kam Jacob zu demselben Ergebnis. Früh erkannte er, dass die gesamtdeutsche Struktur den Bedürfnissen der Kirchen in der DDR nicht mehr entsprach, der Osten kirchlich vielmehr abgehängt werde. Bereits im Juni 1958 wurde er wie folgt zitiert:

„Die Einheit der EKd kann man heute nicht mehr so praktizieren. Ich bin heute so weit, dass ich sage: Stellen Sie sich bitte mal vor, obwohl es dies nicht gibt, evangelische Baptisten in der SU und evgl. Baptisten in England sind glaubensmäßig völlig eins, aber sie können keine gemeinsame Kirchenleitung haben, weil die Situation eine total andere ist als in England.

Soweit sind wir heute auch auseinander zwischen DDR und Bundesrepublik. Wir können nicht mehr gemeinsame Entscheidungen treffen, wir stehen ja in einer völlig anderen Situation und organisatorisch werden die uns noch ganz schön auseinanderbringen, das kommt jetzt – gar kein Zweifel.“²³

Spätestens 1962 sprach er sich offen für eine weitgehende organisatorische Selbständigkeit der evangelischen Kirchen in der DDR aus.²⁴

V. Aufstieg zum Bischofsverweser (1963-1966)

Mitte der 1950er Jahre gab Jacob seine Fundamentalopposition gegen die DDR-Regierung auf. In einem nicht immer widerspruchsfreien Prozess agierte er zunehmend pragmatisch und

22 Die internationale Dimension bleibt im Rahmen dieses Beitrages ausgeklammert. Jacob verfügte im Rahmen der Ökumene über gute Kontakte ins Ausland. Von Bedeutung war insbesondere seine Zusammenarbeit mit dem Josef Hromádka, Mitbegründer der *Prager Christlichen Friedenskonferenz* (1958) und Mitglied des Weltkirchenrates. Jacob hatte ihn wahrscheinlich 1954 während der Evanstoner Weltkirchenkonferenz kennengelernt.

23 Bezirksverwaltung Cottbus, Abteilung V/4 am 1.6.1958 nach einer Aussprache mit Jacob. BStU, Br. Cbs, AOP, 241/63, Bd. 4, Bl. 295. Die Einschätzung Jacobs war auch der jahrelangen und als belastend empfundenen westlichen Ignoranz gegenüber der kirchlichen Situation in der DDR geschuldet. Ein schwerer Schlag für Jacob war z.B. die Entscheidung, den Kirchentag 1961 in Berlin und nicht in Leipzig stattfinden zu lassen. 2011 wurde diese Einschätzung von dem emeritierten Pfarrer Wolfgang Triebler gegenüber dem Referenten bestätigt. Erst mit der Gründung des Bundes und den Möglichkeiten, ohne „politischen Ballast“ zu agieren, sei die vorherrschende Lethargie überwunden worden und konnte in den 1970er Jahre ein kirchlicher Aufbruch stattfinden.

24 Jacob: Zur Tagung der Regionalsynode vom 7.-9.12.1962, undatiert (streng vertraulich). ELAB, Best. 106, Nr. 1.

bemühte sich auf verschiedenen Ebenen um eine Entspannung im kirchlichen Verhältnis zum Staat. Ermöglicht und begünstigt wurde diese Entwicklung durch das veränderte staatliche Vorgehen, dessen Instrumentarium gegenüber den Kirchen sich quasi zeitgleich verfeinerte. Bei einer unverändert ideologischen Zielsetzung war man auch auf staatlicher Seite nicht (mehr) an einer Eskalation interessiert, sondern bemühte sich in Gestalt eines vielschichtigen Differenzierungsprozesses um Einbindung und Einhegung.²⁵ Bezüglich Jacob kann bilanzierend von einem sich immer wieder neu konstruierenden und umkämpften gegenseitigen taktischen Umgang gesprochen werden. Dies ermöglichte sowohl Annäherung und eine begrenzte „Kooperation“ als auch Sanktionen. Zu keiner Zeit machte er sich zu einem unkritisch-willfährigen Erfüllungsgehilfen staatlicher Kirchenpolitik. Neben den auf staatlicher Seite aufmerksam registrierten Unternehmungen in Richtung Verständigungsbereitschaft gab es weiterhin grundsätzliche Konfliktpunkte, die sich nicht in Kompromissen auflösen ließen. Zu nennen sind hier z.B. die Erziehungs- und Schulpolitik, die Jugendweihen oder das von der Kirche erkämpfte Recht auf Kriegsdienstverweigerung („Bausoldatentum“). Das grundsätzliche Dilemma einer christlichen Kirche in einem sozialistischen Staat blieb Jacob bewusst. 1959 soll er öffentlich ausgeführt haben:

„Es wird behauptet, daß die Kirchen den Militarismus, die Militärseelsorge und den Kapitalismus verteidigen. Dabei sind den Kirchen alle Möglichkeiten zu einer öffentlichen ernststen Auseinandersetzung zu diesen Fragen genommen. Die Angriffe erfolgen jedoch nicht nur auf dem theoretischen Gebiet. Viel schlimmer sind sie im täglichen Leben. Die christlichen Feiern, wie Taufe und Eheschließung, sollen durch soz. ersetzt werden. Das ganze geschieht unter großem Druck und Zwang. Von der Teilnahme hängt die Stellung des Vaters, der eigene Beruf, die Aufstiegsmöglichkeit, das Recht auf Oberschule und Studium ab. Das ist Zwang, obwohl der Ministerpräsident der DDR immer etwas anderes zugesichert hat. (...). Der heutige Staat ist viel religionsfeindlicher, als selbst das III. Reich, wo es wirkliche Religionsfeindlichkeit, absolute Religionsfeindlichkeit, wie bei den materialistischen Atheisten, nur in der SS gab.“²⁶

Für den deutschen Protestantismus markierte der Mauerbau am 13. August 1961 eine grundsätzliche, für die berlin-brandenburgische Kirche eine konkrete Zäsur: Ihr Kirchengebiet lag in zwei Staaten, deren Grenze fortan weitgehend undurchlässig war. Vor allem die Frage des Bischofsamtes geriet nun zum Politikum. Ende August wurde Kurt Scharf aus politischen Gründen dauerhaft die Einreise in die DDR verweigert, nachdem er kurz zuvor zum Bischofsverweser für den östlichen Teil der Landeskirche ernannt worden war. Jacob, der Scharf schon aus Kirchenkampf-Zeiten kannte und ihm nach langen Jahren gemeinsamer Er-

25 Vgl. Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, Gütersloh 1993; Detlef Pollack: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR, Stuttgart/Berlin/Köln 1994; Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996.

26 Bericht Wilke über die Evangelische Jugendwoche vom 2.-8.11.1959 im Lutherhaus in Berlin-Pankow. BLHA, Rep. 801, Nr. 20113.

fahrungen freundschaftlich verbunden war, verhielt sich loyal und setzte sich für seine Rückkehr ein, obwohl er diese für unrealistisch hielt. Schließlich aber trat er offen gegen die Wahl Scharfs zum Bischof als auch seine Bestellung zum Bischofsverweser auf. Eine handlungsfähige Regionalkirchenleitung, die unbelastet von den sie umgebenden politischen Interessenlagen agieren konnte, war nach Jacobs Überzeugung aufgrund der starken politischen Vorbehalte mit Scharf nicht zu erreichen. Dazu gesellten sich persönliche Gründe. Zu Recht machte er sich selbst Hoffnungen auf das Amt. Am 6. Februar 1963 bestellte die Kirchenleitung Jacob bis zur Rückkehr von Kurt Scharf „zum Verwalter des Bischofsamtes im Bereich der Regionalsynode Ost“.²⁷

Seine Amtszeit, die auch in Folge des als zu eng angesehenen Verhältnisses Jacobs zu staatlichen Stellen mit verschiedenen Konflikten belastet war, endete im Februar 1966.²⁸ Nachdem Otto Dibelius Anfang 1966 seinen Rücktritt als Bischof erklärte, wurde Kurt Scharf nach einem von zahlreichen Ränkespielen begleiteten Vorlauf zu seinem Nachfolger gewählt. Staatliche Bemühungen im Vorfeld, Jacob zu einer Gegenkandidatur zu bewegen, scheiterten, wohl auch, da Scharf und Jacob bereits 1965 die geheime Absprache getroffen hatten, dass im Falle der Wahl Scharfs Jacob gleichzeitig auf Lebenszeit und im Hauptamt zum Verwalter des Bischofsamtes im Osten gewählt werde. Dies aber wurde ihm von der Kirchenleitung-Ost verweigert: Am 15. Februar 1966 legte Jacob sein Amt nieder. Enttäuscht konzentrierte er sich in den folgenden Jahren auf seine Sprengelarbeit, bis er Ende 1972 emeritiert wurde.

VI. Motivsuche

Wie lässt sich der Wandel Jacobs im Umgang mit den realexistierenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen begründen? Mitte der 1950er Jahre bestand keine realistische Option mehr auf eine absehbare Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten, vielmehr stabilisierte sich die politische Großwetterlage mit der verschärften Blockbildung. Auch die DDR, von den Ereignissen des 17. Juni 1953 schwer angeschlagen, konsolidierte sich zusehends. Unter diesen Bedingungen galt es für die evangelische Kirche, die ihrerseits unter erheblichem Druck stand (Jugendweihe, Kirchensteuer, Religionsunterrichtes an staatlichen Schulen, Abwanderung des Bildungs- und Besitzbürgertums, flächendeckender Einbruch in

27 KL-Beschluss vom 6.2.1963. ELAB, Registratur: Em-Ja-1.

28 Die Rede Jacobs auf einem Empfang des Rates des Bezirks Cottbus anlässlich des 20. Jahrestags zur Befreiung vom Faschismus führte zu einer Kontroverse innerhalb der Kirchenleitung, mit der stellvertretend grundsätzliche Differenzen im Umgang der Kirche mit der DDR-Regierung ausgetragen wurden. Jacob stand kurz vor dem Rücktritt, blieb aber im Amt. Vgl. Hüttenhoff, Jacob [vgl. Fußnote 1].

volkskirchliche Strukturen, der mit einer tatsächlichen De-Christianisierung einherging), einen Modus Vivendi zu finden.

Dies galt auch Jacob. Die Fortsetzung seiner Fundamentalopposition war angesichts der veränderten Ausgangslage nicht mehr möglich, ein Verlassen der DDR kam für ihn aber zu keiner Zeit in Frage. Die Entwicklung im (kapitalistischen) Westen mit seiner Wohlstandsfixierung war für ihn kein nachahmenswertes Erfolgsmodell. Gestützt wurden diese grundsätzlichen Einsichten durch die zunehmend negative Bewertung der Bundesrepublik unter politischen Gesichtspunkten. Hatte er den westdeutschen „Restaurationskurs“ gegenüber den Kirchen von Beginn an skeptisch beargwöhnt, entwickelte Jacob alsbald eine fundierte Kritik an der einseitigen Politik Adenauers, insbesondere an dessen Außen-, Militär- und Deutschlandpolitik.²⁹ Die Ablehnung der deutschlandpolitischen Grundentscheidungen im Westen und die (kirchlichen) Debatten um den Militärseelsorgevertrag und die Bewaffnung mit Massenvernichtungswaffen boten Jacob auch Anknüpfungspunkte für einen veränderten Umgang mit der DDR-Regierung.

Seine Analyse des „Endes der konstantinischen Epoche“, die von einer kirchlichen Minderheitensituation in feindlicher Umgebung ausging, erleichterten ihm ein Einlassen auf die realen Verhältnisse. Bereits in einer vielbeachteten Rede vor der EKD-Synode (1956) hatte er sich gegen die kirchliche Bindung an ein bestimmtes Gesellschaftssystem und an bestimmte (d.h. bürgerliche) Gesellschaftsschichten ausgesprochen. Die Kirche, so Jacob, habe nach Römer 13 jeden Staat zu achten, unabhängig von dessen Entstehung und Eigenart. Dies schloss die Anerkennung der DDR als Obrigkeit ausdrücklich ein. Repressiven Maßnahmen gelte es nicht mit Forderungen nach kirchlichen Privilegien zu begegnen, vielmehr könne die Kirche dem Staat nur sagen, welche „Bewegungsmöglichkeiten“ sie im Dienste des Evangeliums wahrnehmen werde.³⁰

Es liegt in der Natur der Sache, dass unter den gegebenen Verhältnissen der Grat zwischen Vereinnahmung, Kooperation und Abgrenzung schmal war, zumal sich ihm auch persönliche

29 Gegenüber dem Rat des Bezirkes Cottbus beklagte Jacob schon 1956 die „kriegerische[n] Gewaltpolitik in Westdeutschland“ Aktennotiz über die Besprechung Jacob am 25.9.1956. BLHA, Rep. 801, 20113. Die innerkirchliche Dimension kann hier nur angedeutet werden. Als zunehmend problematisch erwies sich die Person Otto Dibelius, der berlin-brandenburgischer Bischof und KL-Vorsitzenden als auch EKD-Ratsvorsitzender war. Aufgrund seiner theologischen und einseitigen politischen Vorstellungen wurde Dibelius in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zum Kristallisationspunkt der innerkirchlichen DDR-Opposition.

30 Jacob, Der Raum für das Evangelium in Ost und West, vollständig abgedruckt in: KJB (1956), 9-17. Die Titel zweier Vorträge, die Jacob Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre hielt, geben Aufschluss über das Spannungsfeld, in dem er sich bewegte: *Die christliche Gemeinde in der Begegnung mit dem Nichtchristen* und *Vom Kirchenpublikum zur Christusgemeinde*.

Aufstiegschancen boten.³¹ Einzelne Entscheidungen und Handlungen Jacobs sind bis heute Gegenstand von Kontroversen. Festhalten lässt sich, dass der Thüringer Weg der staatsloyalen Anpassung von Jacob zu keiner Zeit beschränkt wurde. Als nur ein Beispiel kann hier seine Reaktion auf die militärische Intervention der Staaten des Warschauer Paktes in die ČSSR im August 1968 angeführt werden, die Jacob für grundlegend falsch hielt und zutiefst bedauerte. In der Folgezeit lehnte er zahlreiche Einladungen ab, wobei er aus seiner politischen Kritik an den Prager Vorgängen keinen Hehl machte.³²

VI. Fazit und Ausblick

In der „aktiven“ Zeit Jacobs (von ca. 1930 bis 1972) mit seinen vielfältigen politischen Brüchen und gesellschaftlichen (Modernisierungs-)Prozessen wiesen seine Grundgedanken dergestalt ein hohes Maß an Kontinuität auf, als dass sein Handeln und seine Verantwortung für den Weg der Kirche biblisch be- und gegründet war. Über die geschichtstheologische Formel des „Endes der konstantinischen Epoche“ war es ihm indes möglich, die Stellung der Kirche in der Welt gleichsam in die konkrete gesellschaftliche Situation einzuordnen. Diese Erkenntnis, an der er trotz einiger Abschwächungen und Modulationen grundsätzlich festhielt, ermöglichte ihm unterschiedliche Reaktionsformen auf die Herausforderungen der NS-Diktatur und des SED-Staates. Die „antichristliche Entscheidung“ des nationalsozialistischen „Kirchenstaats“ und dessen eliminatorischer Charakter führten Jacob ebenso in eine kompromiss- und alternativlose Opposition wie die offene vorgetragene Antikirchlichkeit während der stalinistischen Phase der DDR. Erst das Ende des von Jacob früh konstatierten „zweiten Kirchenkampfes“ ermöglichte ihm den Weg einer pragmatischen Verständigung, ohne dass er seine theologischen Leitvorstellungen entscheidend korrigierte. Dieser Pfad war freilich schmal. Nach seiner Emeritierung führte er auch selbstkritisch aus:

„Wir sind befreit von der Versklavung durch die Zwangsvorstellung, wir seien nur dazu da, unser Leben um jeden Preis zu erhalten und schöner zu machen. So können wir es als Christen auch mit der uns durch Christus gegebenen Freiheit wagen. Natürlich wissen wir, daß wir so oft dabei scheitern und schuldig werden, wenn wir vor tausend Rücksichten und Kompromissen diese Freiheit in Christus aufs Spiel setzen. Diese Versuchung, die gewiß riskante Freiheit in Christus durch taktisches Lavieren preiszugeben, ist jeden Tag groß.“³³

31 Die zahlreichen Gespräche mit staatlichen Vertretern und die „Bearbeitung“ durch das MfS zeigten auf lange Sicht gesehen auch bei Jacob Wirkung, wobei sich dieser Einfluss kaum gewichten lässt. Ein direktes („erpreserisches“) Unter-Druck-Setzen (wie es andere Kirchenvertreter erfuhren) lässt sich bei Jacob nicht nachweisen.

32 Vgl. die entsprechenden Schreiben in: ELAB, Best. 106, Nr. 158.

33 Jacob: Die Perspektive der großen Hoffnung, 1. Petr. 1,13-23, Okuli, in: ders., Die Macht des ohnmächtigen Gottes. Predigten, Berlin 1973, 31-35, hier 35.